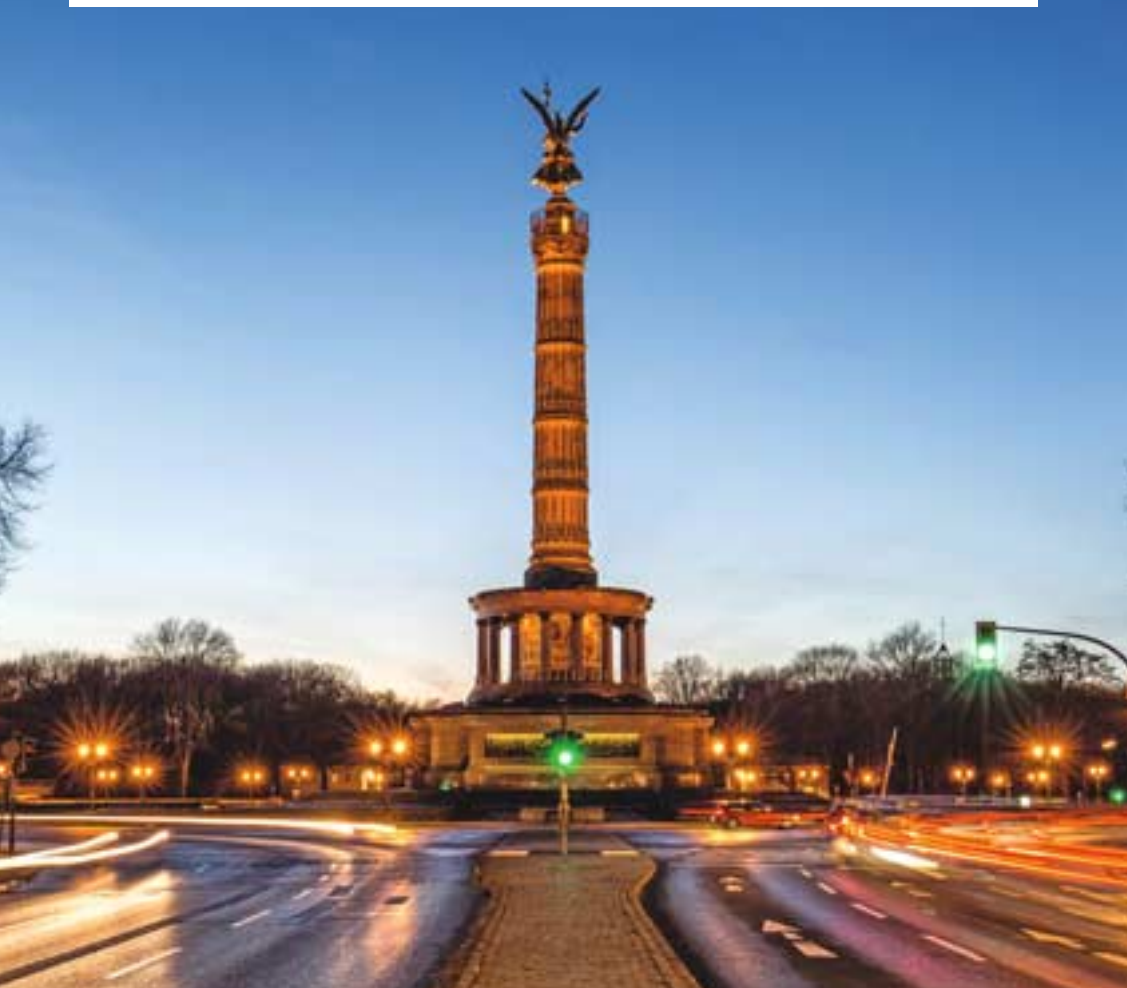


Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Vielfalt statt Abgrenzung

Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung
um Einwanderung und Flüchtlinge?



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Vielfalt statt Abgrenzung

Wohin steuert Deutschland in der
Auseinandersetzung um Einwanderung
und Flüchtlinge?

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Dr. Kai Unzicker

Redaktion: Gesine Bonnet

Lektorat: Heike Herrberg

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Umschlagabbildung: Shutterstock/Sven Hansche

Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-740-5 (Print)

ISBN 978-3-86793-757-3 (E-Book PDF)

ISBN 978-3-86793-758-0 (E-Book EPUB)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Vorwort	7
Deutschland und die Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge	11
<i>Kai Unzicker</i>	
Neue Rechte, Rechtspopulismus und die Flüchtlingseinwanderung: Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt	35
<i>Patrick Gensing</i>	
Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht: Die Bruch- stelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung	59
<i>Hans Vorländer</i>	
Rechtspopulistische Gegenwelt: Aktuelle Kommunika- tionsformen, gesellschaftliche Resonanz und demokratische Antworten	75
<i>Denis van de Wetering</i>	
»Wir schaffen das!« Die Flüchtlingseinwanderung als Wendepunkt für das deutsche Selbstverständnis als Nation ...	95
<i>Orkan Kösemen</i>	

Migrationsgesellschaftliche Zugehörigkeiten im Kontext globaler Fluchtbewegungen	111
<i>Astrid Messerschmidt</i>	
Welche Werte halten pluralistische Gesellschaften zusammen? Die Leitkulturdebatte im Kontext von Flucht und Migration . . .	131
<i>Sabine Achour</i>	
Islam als Etikett: Wie sich Rechtspopulisten ein medial produziertes Narrativ zunutze machen	149
<i>Yasemin El-Menouar</i>	
Wie kann Verständigung gelingen? Der Auftrag des Journalismus und das Misstrauen des Publikums	171
<i>Michael Haller</i>	
Mit Zumutungen umgehen – Zusammenhalt wahren	193
<i>Kai Unzicker (Mitarbeit: Gesine Bonnet)</i>	
Die Autorinnen und Autoren	217
Abstract	221

Worin liegt die Gefahr von Populismen für die Demokratie?

Nun kann argumentiert werden, dass populistische Bewegungen gerade das Symptom einer Krise des repräsentativen Systems sind, in dem die Interessen und Bedürfnisse der »einfachen Bürger« nicht mehr gehört und vertreten werden, und deshalb von ihnen eine heilsame Korrekturwirkung ausgeht. Doch diese Annahme ist nur bedingt richtig.

Populismus und Demokratie enthalten zwar beide eine zentrale Referenz zum Begriff des Volkes. Das macht das Verhältnis beider problematisch. Populismus könnte so gelesen werden, als verwirklichte sich in ihm erst die Demokratie. Diese beruht bekanntlich auf der Souveränität des Volkes. Populismus kann also eine Herausforderung an die Demokratie sein, ihr eigenes Versprechen einzulösen. Anders, und geläufiger, ist die Vermutung, dass der Populismus die Demokratie in ihrem Kern gefährdet und letztlich auch zerstört. Populismus ist hier die pathologische Seite der Demokratie. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass Populismus für eine Hydra gehalten wird, die in unterschiedlichen Kontexten ihr immer neues Haupt bedrohlich erhebt und deshalb der Demokratie wie ein Schatten stets folgt.

Populistische Einstellungen und Bewegungen scheinen in demokratischen Systemen bevorzugt dann zu entstehen, wenn die Balance zwischen den beiden Pfeilern, den Repräsentanten und den Repräsentierten, »den Politikern« und »dem Volk« verlorengegangen ist. Das Gefühl, dass das Spannungsverhältnis sich einseitig zugunsten der repräsentativen Institutionen verschoben hat, und die Vermutung, dass Repräsentanten in einer wachsenden Distanz zu den Repräsentierten agieren könnten, lassen populistische Reaktionsmuster erwachsen, die mit Rekurs auf die »Stimme des Volkes« oder des »einfachen Bürgers« die Restitution der demokratischen Komponente, vor allem ihres unmittelbaren, nicht durch Institutionen und Repräsentanten mediatisierten Ausdrucks einfordern. Wenn hier also ein – situativer, die institutionelle Verfassung der Demokratie insgesamt respektierender – Populismus als eine Korrektur zu der

aus der Balance geratenen repräsentativen Demokratie verstanden wird, dann kann theoretisch durchaus konzediert werden, dass der Populismus keine Bedrohung für die Demokratie darstellen muss, sondern eher wie eine Frischzellenkur wirken kann.

Allerdings scheinen die Übergänge zu anderen, die Demokratie gefährdenden Ausprägungen des Populismus fließend zu sein. Populistische Bewegungen üben Druck auf die Mechanismen der konstitutionellen Kontrollen und Balancen der Demokratie aus. In der Regel weisen sie sich nicht durch großen Respekt gegenüber den Prinzipien der Gewaltenteilung und Machtverteilung aus. In der Pose des Volkstribuns reklamieren Führungsfiguren die Macht für das Volk. Territoriale und funktionale Aufteilungen von Macht laufen der Behauptung eines für ungeteilt erklärten Volkswillens zuwider. Einher geht mit diesem populistischen Misstrauen gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie auch eine Geringschätzung, bisweilen eine Leugnung der verfassungsmäßig garantierten Rechte von ethnischen, nationalen, kulturellen und religiösen Minderheiten.

Zusammengenommen können diese Einstellungen, das Misstrauen gegenüber und die Ungeduld mit den institutionellen Verfahren kaum als Beleg für die demokratischen Erneuerungsqualitäten populistischer Bewegungen gewertet werden. Der Populismus bleibt auch dann, wenn man ihm partiell innovative und progressive Wirkungen attestieren möchte, höchst ambivalent in seinem Verhältnis zur modernen, konstitutionell eingehegten und begründeten Demokratie.

Auch unter repräsentationstheoretischen Gesichtspunkten lassen sich Populismus und Demokratie nicht wirklich vereinbaren. Populismus basiert im Kern auf der Illusion einer Einheit in sich selbst. Das Phantasma einer organischen Einheit des politischen Gemeinwesens (Claude Lefort) hat den Vorzug, die Identität eines klar und eindeutig definierten politischen Kollektivs behaupten und gegen die Faktizität des anstrengenden und langwierigen demokratischen Prozesses in Stellung bringen zu können. Dieser Prozess des »langsam Bohrens dicker Bretter« (Max Weber) zeichnet sich zuvörderst durch Artikulation und Ausgleich konfligierender Interessen aus und

ist insofern Spiegel eines unhintergehbaren Pluralismus der modernen Welt. Das aber leugnet der Populismus. Seine Fiktion einer homogenen politischen Einheit generiert eine Logik, die die Idee der Differenz und des Anderen aus dem Vorstellungshaushalt der Demokratie eliminiert. Diese Imaginationen von Einheit, Identität und politischer Gemeinschaft, im deutschen Kontext zumal historisch als »Volksgemeinschaft« semantisch kodiert, werden zur Schnittstelle zwischen Populismus und Totalitarismus.

Moderne Demokratien aber müssen darauf bestehen, dass die Pluralität von Werten und Interessen nur auf dem Wege notwendig konfliktiver Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu einem vorläufigen Ausgleich gebracht werden kann. Die Demokratie basiert auf der Idee einer offenen Gesellschaft, die über die politische Ebene von Fall zu Fall integriert wird, während der Populismus auf der Imagination einer geschlossenen, homogenen kollektiven Einheit beruht, die politisch im vermeintlich einheitlichen Volkswillen ihren unmittelbaren Ausdruck findet.

Die Chance der Zivilgesellschaft

Gegenwärtige Erscheinungsformen des Populismus zeigen eine Krise der repräsentativen Demokratie an. In ihrer linken Variante beziehen sie Stellung gegen eine Demokratie, von der angenommen wird, dass sie nur noch die Fassade für Entscheidungen einer politisch-medialen Klasse ist, hinter der große Interessenverbände, globale Banken und Unternehmen um Macht und Einfluss konkurrieren. In ihrer rechten Variante formieren sie sich als Anti-Migranten- und Anti-Islam-Parteien und inszenieren sich als Verteidiger einer ethnozentrischen Kultur, die auf den Vorrechten der Alteingesessenen besteht.

Populisten leben davon, dass sie einen Keil in Gesellschaft und Politik hineintreiben. Gegenwärtig scheinen solche Bewegungen und Parteien nicht allein von der zunehmenden Migration zu profitieren, indem sie Ängste und Sorgen schüren und instrumentalisieren. Sie

spiegeln auch die Gleichzeitigkeit sich überlagernder Probleme und Konfliktlinien: den Verlust der Binde- und Integrationskräfte der traditionellen Volksparteien; das Schwinden sozialer Institutionen, die den intermediären Bereich zwischen Bürger und Staat mit Handlungsmöglichkeiten und Sinnangeboten ausgefüllt haben; eine Parzellierung der öffentlichen Kommunikation, die nicht mehr in der Lage ist, eine gemeinsame Perspektive auf das Politische zu entwerfen; die komplexe Verkoppelung globaler ökonomischer, finanzpolitischer, ökologischer und geopolitischer Krisen, zu deren Bewältigung nationalstaatliche Regulierungsmechanismen allein kaum in der Lage sind.

Damit wird das Terrain des Politischen unübersichtlich, weshalb die Sehnsucht nach den einfachen Antworten, die der Populismus suggeriert, wächst. Der Bruch zwischen Entscheidungssystem und Lebenswelt tritt offen zutage. Dabei war noch gar nicht die Rede davon, dass sich die Gegenwartsgesellschaften selbst intern zu spalten drohen: in jene, die mit den Veränderungen der globalen Welt ökonomisch, sozial und kulturell umzugehen wissen, und jene, die sich ökonomisch, sozial und kulturell abgehängt, nicht gehört und »mitgenommen« fühlen.

Diese Befunde könnten zur Resignation Anlass geben, doch schon Hölderlin glaubte, in seiner Hymne »Patmos« sagen zu können, dass da, wo Gefahr ist, das Rettende wächst: Gerade die gegenwärtige Flüchtlingskrise hat eine der größten Bürgerbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland entstehen lassen – selten war so viel unmittelbare und pragmatische Hilfe, von den Bürgerinnen und Bürgern in Netzwerken selbst organisiert und in Gang gesetzt. Es scheint, als werde Politik wieder zu dem, was sie in der griechischen Antike ursprünglich war: die Regelung der eigenen Angelegenheiten durch die Bürger selbst. Was das für die repräsentative Demokratie bedeutet, ist vorerst offen.